

# Zur Verharmlosung des Kiffens



Im internationalen Vergleich nimmt die Schweiz bezüglich Kiffens eine führende Position ein. Vor allem in den letzten zehn Jahren hat der Cannabiskonsum massiv zugenommen. Doch seit der Nationalrat am 14. Juni 2004 ein klares Zeichen gegen eine Liberalisierung der Cannabisgesetzgebung gegeben hat, könnten eigentlich Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Polizei, Justiz wieder geeint gegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz vorgehen. Dass diese Wende dringend nötig ist, zeigen verschiedene Studien der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA). Doch da sich die wichtigsten Fakten aus diesen Studien oft nicht mit der permissiven Haltung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) decken, und dieses zum Teil Auftraggeberin der Studien zu Drogenfragen in der Schweiz ist, kommen nur Bruchstücke der interessanten Auswertungen an die Öffentlichkeit.

**So zeigte sich bei einer Umfrage, dass ein wichtiger Risikofaktor für den späteren Cannabiskonsum die Zugänglichkeit, die Griffnähe zu Drogenhanf ist.** Dies bedeutet, dass eine nachhaltige Drogenprävention bei diesem Risikofaktor ansetzen muss! Bei einer Befragung von Freiburger Jugendlichen gaben 85% der jungen Frauen und 91% der jungen Männer an, dass die Verfügbarkeit von Cannabisprodukten in ihrer Umgebung hoch sei. (Schmid, 2000b). Diese Zahlen von Jugendlichen, welche problemlos zu einer gesetzlich verbotenen Substanz kommen können, sind erschreckend. Andererseits zeigen sie, dass das seit Jahren in den Medien gepflegte Image der Hanfdroge als harmloses Genussmittel dazu geführt hat, dass sich Hanf im Bewusstsein eines grossen Teils der Bevölkerung als akzeptiertes Rauschmittel festgesetzt hat. Seit Jahren hat unsere Elternvereinigung vor dieser auch im Ausland mit Unverständnis verfolgten Entwicklung gewarnt und auf bestehende Studien über die gefährlichen Auswirkungen des rauscherzeugenden Tetrahydrocannabinols (THC) auf Psyche und Körper hingewiesen. Doch erst die massive Zunahme der Personen, welche mit den negativen Auswirkungen des Drogenhanfkonzsums konfrontiert werden, wie Eltern, Lehrpersonen, Zugpersonal, Polizei, Psychiater, Therapeuten, Sozialarbeiter und Justiz, hat eine Diskussion in der Bevölkerung auch um die Toxizität (Giftigkeit) der Cannabispflanze hervorgerufen und vermehrt eine repressive Drogenpolitik gefordert.

Es sollten endlich alle Kräfte gebündelt werden und eine strikte Durchsetzung der bestehenden gesetzlichen Regeln die bestehenden Marktverhältnisse ordnen. Ein gutes Beispiel, das zeigt, dass das Ausschalten des Risikofaktors Zugänglichkeit möglich ist, zeigt der Statistikvergleich mit Schweden. So gaben 18.3 % der jungen Menschen in der Schweiz an, in den letzten 12 Monaten gekifft zu haben. Währenddem in Schweden, mit seiner abstinenzorientierten, auf einen Konsens in der Bevölkerung aufgebauten Drogenpolitik, lediglich 1 % der jungen Menschen im gleichen Zeitraum zum Joint gegriffen hat. Im Forschungsbericht **«European School Survey Project on Alcohol and Other Drugs»** steht wörtlich: **«Staatliche Massnahmen und elterliche Kontrollen hängen eng zusammen. Eltern lassen sich in Erziehungsgrundsätzen bezüglich Substanzkonsum und Regelverletzungen durch staatliche Regelungen beeinflussen.»** Dies bedeutet, dass eine strikte Durchsetzung des Betäubungsmittelgesetzes auch die Akzeptanz des Kiffens im privaten Umfeld vermindert. Es zeigt aber auch, was für eine grosse Verantwortung Politikerinnen, Politiker und Behördenmitglieder bei Entscheidungen im Drogenbereich zu tragen haben. In der Studie wird empfohlen, als präventive Massnahmen auf Tätigkeiten hinzuweisen, welche durch den Cannabiskonsum beeinträchtigt werden, wie Teilnahme am Strassenverkehr und Leistungen in Lehre, Schule und Beruf. Hier seien klare Regeln und Sanktionen notwendig. **Auch sei das Ignorieren oder Banalisieren des Kiffens Ausdruck einer Vernachlässigung der Jugendlichen und nicht etwa wohlwollende Toleranz.** Insbesondere die Verhinderung eines frühen Cannabisgebrauchs muss fundamentales Anliegen der Prävention und des öffentlichen Gesundheitswesens sein. Denn ein früher Einstieg ist mit einem deutlich erhöhten Risiko für späteren regelmässigen und häufigen Gebrauch gekoppelt. Bei der Tabelle 18 der erwähnten Studie, welche den Zusammenhang zwischen Problemen und Kiffen aufzeigt, fällt folgendes auf:

- Kiffende Jugendliche haben deutlich mehr Probleme zu bewältigen als Nicht-Kiffende.
- Bei Fragen nach Problemen aufgrund des Cannabiskonsums, steigen (bis auf wenige Ausnahmen) die Problemwerte parallel zur Häufigkeit des Drogengebrauchs.

Mit Genugtuung haben wir die neusten Studien und Fakten zur Cannabisproblematik zur Kenntnis genommen und fühlen uns auf dem eingeschlagenen, drogenpolitischen Weg bestärkt. Nun hoffen wir auf einen weiteren Schritt, welcher in einer Demokratie eigentlich selbstverständlich sein sollte: Die Medien müssen diese brisanten Fakten gegen die Verharmlosung des Kiffens aufnehmen, damit auch der Bevölkerung die Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stehen.